

Zum 24. Male vor seinen Wählern

Bevor diese Zeilen gedruckt sind, wird der wissenschaftliche Mitarbeiter Hans Schmellinsky, Juristenfakultät, für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert, bereits das 23. Mal in einer Wählerversammlung aufgetreten sein, unsere Politik erläutern sowie Rede und Antwort auf seine bisherige Abgeordnetentätigkeit gestanden haben — geradezu als wandelndes Beispiel unserer Demokratie.

Am Dienstag jedoch sprach zunächst vor den Angehörigen der Gewerkschaftsorganisation Mensa. Auf unsere ökonomischen Fortschritte in den vergangenen vier Jahren und auch zu lösende Probleme vertiefend, veranschaulichte er die Zusammenhänge zwischen der Arbeit jedes einzelnen an seinem Arbeitsplatz und den Aufgaben der nationalen Politik in Deutschland.

Mit ihrem Chemieanlagenbau, dem Werkzeugmaschinenbau, mit 12 Prozent des Schwermaschinenbaus der Republik usw. und nicht zuletzt der Messe leistet die Stadt Leipzig einen entscheidenden Beitrag zur ökonomischen Stärkung der Republik, und zwar 170 Millionen MDN, die 1961 für den Aufbau des Industriezentrums sowie die 100 Millionen MDN, die in dieser Zeit für den Wohnungsbau in Leipzig ausgegeben wurden, sind nur einige Ergebnisse unserer gemeinsamen Anstrengungen. Auch im Bereich der Mensch- und Interaktion der Karl-Marx-Universität lassen sich an Geschirrspülmaschinen, der Zentralheizung des Kartoffelschalens oder dem neuerbauten Studentenwohnheim in der Goethestraße unsere ökonomischen Schritte ablesen. Die nationale Zukunft zu sichern durch die Weiterführung des sozialistischen Aufbaus, bei dem es auf kommunaler Ebene noch eine Reihe Probleme zu lösen gibt, bezeichnet Genosse Schmellinsky als Aufgabe aller in ihrer täglichen Arbeit, denn so wie die Erntezeit, Erntekampagne, die Hoffnungen und Pläne der Bonner Machthaber durchzusetzen (vgl. Faksimile rechts auf dieser Seite), so nehmen wir schon auf allen Gebieten unserer Wirtschaft die Mithilfe, von uns durch ökonomischen Druck politische Zugeständnisse zur Verwirklichung ihrer revisionistischen Ziele zu erpressen.

Sie möchten gern verhindern, daß unser Handel mit den kapitalistischen Ländern schrumpft, um uns auf diese Weise in ihre Hände bekommen zu können, aber an uns liegt es, die DDR ökonomisch und politisch so zu festigen, daß ihnen keine Chance bleibt. Die Mitarbeiter der Mensen und Internate als wertvolles Mitglied der Karl-Marx-Universität und auch persönlich beteiligt an den Umsätzen der Leipziger Messe (4 auf 4 Mrd. MDN anstiege), sollten bemüht sein, richtige Anreize zur Verbesserung ihrer Arbeit mit der Kraft des Kollektivismus durchzusetzen und mit eigener Kraft bestimmte Aufgaben zu bewältigen.

Genosse Schmellinsky stellte seinen das undemokratische Wahlverfahren in der Bundesrepublik — das gekennzeichnet durch KPD-Verbot, Demagogie, Pluralismus, Wahlmanipulationen für abgelehnte Kandidaten ein zentralisiertes System der Wahlvereinstellung. Dadurch daß die Abgeordneten nicht ihren Wählern verantwortungsbewusst sind und die Kontrolle die Abgeordneten bestimmen — seiner eigenen Verantwortlichkeit gegenüber, die Verantwortlichkeit ist durch Repräsentation nicht. Nominieren durch die Gewerkschaft, welche Funktionen durch die Wähler und ständigen einen Kontakt zu ihnen. G. L.

**Frieden für das Volk
Demokratie durch das Volk
Sozialismus mit dem Volk
Ganz Deutschland
soll des Volkes eigen sein**

Noch sind manche Wünsche offen. Noch bleibt manches zu tun. Aber alles, was wir uns morgen leisten wollen, müssen wir uns heute erarbeiten. Einen anderen Weg gibt es nicht. Deshalb bauen wir neue, moderne Werke und Industriezweige auf, die der Kraftquell von morgen sind. Deshalb stützen wir uns für die Produktion in Stadt und Land immer höhere Ziele. Aber indem wir sie verwirklichen, beweisen wir uns und den Kriegstreibern in Bonn, daß unser arbeitssames, strebsames, friedliebendes Volk durchaus und besser denn je in seinen territorialen Grenzen leben und vorwärtskommen kann, wenn nur eine solche Ordnung geschaffen ist, in der sich die schöpferischen Möglichkeiten des Volkes frei und zum eigenen Nutzen entfalten können. Damit zeigen wir der Bevölkerung Westdeutschlands die Alternative zur abenteurlichen Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus.

(Aus dem Wahlauftrag der Nationalen Front)

Kandidatinnen berieten mit Schwestern

Wählerauftrag: Bei der Schaffung neuer Kindergartenplätze behilflich sein

Die Angehörigen des Frauenausschusses der Medizinischen Fakultät und weitere weibliche Angehörige des Personals der Universitätsklinik kamen am Dienstagsnachmittag mit Kandidatinnen für die Stadtverordnetenversammlung zusammen — Frau Prof. Dr. Lykke Aresin von der Frauenklinik und Frau Christine Dialer, Kreisvorsitzende des FPD —, um sie kennenzulernen und mit ihnen über die gemeinsame Lösung wesentlicher Probleme zu beraten.

An der Beratung nahmen als Abgeordnete des Bezirksrates Leipzig auch die Ärztinnen Dr. Ursula Laux (Neurologie) und Dr. Ursula Winkler (HNO-Klinik) teil, die im Verlaufe der Versammlung ein Bild von ihrer Abgeordnetentätigkeit in der Kommission Gesundheitswesen des Bezirkstages gaben.

Die Gefahr ist gewachsen, doch wir haben die Kraft, sie zu bannen

Eingang stellte Dr. Brigitte Glädner die künftigen Aufgaben der Abgeordneten ins Licht der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland, die durch das Ergebnis der Bundestagswahlen noch gefährlicher geworden ist, weil jetzt die CDU/CSU verstärkt nach Atomwaffen und der Notstandsverfassung streben und damit die europäische Sicherheit bedroht wird. Sie zitierte die mahnen-

den Worte Walter Ulbrichts aus dem Deutschlandengespräch vom 1. August, daß die Lage in Deutschland sehr ernst ist und vielleicht schon hoffnungslos verfahren wäre, wenn es nicht die DDR und die Friedenskräfte gäbe, und daß die Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit vieler Menschen in Westdeutschland als besonders ernst einzuschätzen ist, die die revisionistischen Aufmärsche und Reden erleben, aber immer noch glauben, es könne nichts passieren.

Bei aller Tragweite der westdeutschen Wahlen aber sei klar, daß die nationale Politik in Deutschland entscheidend von der DDR bestimmt wird, denn wir haben die Kraft, dafür zu sorgen, daß die westdeutschen Militaristen mit ihren Plänen nicht zum Zuge kommen. In diesem Zusammenhang habe auch die Tätigkeit der Abgeordneten auf kommunaler Ebene zur politischen und ökonomischen Festigung unseres Staates weitreichende Bedeutung.

Frauen und Politik

Frau Dialer, von Beruf Kindergärtnerin, würdigte eingehend unsere Erfolge in der Kinderbetreuung und -erziehung. Mit der Zahl der vorhandenen Kindergartenplätze, teilte sie mit, liegt die DDR an führender Stelle in der Welt. Wenn die Zahl der Plätze noch nicht ausreicht, dann sei

das auch ein Ausdruck dafür, daß sich die Gleichberechtigung der Frau und ihr Streben, beruflich tätig zu sein, durchgesetzt haben und daß die Betreuung in den Kindergärten ein gutes Niveau aufweise. Sie bezeichnete es als ihr Anliegen als Abgeordnete, den Mütter zu helfen, die politische und moralische Erziehung ihrer Kinder besser zu lenken und zu leiten, wobei sie die Früchte des Fernhaltens der Frauen in Westdeutschland von der Politik an den Ergebnissen der Bundestagswahlen demonstrierte, denn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten waren hier Frauen.

Neuer „Sputnik“ möglich?

In der Versammlung kam auch das große Bedürfnis zur Sprache, mehr Kindergartenplätze zu schaffen, um mehr Müttern die Möglichkeit beruflicher Tätigkeit zu geben. Oberin Herta Schmidt unterbreitete dazu detaillierte Vorschläge, die darauf hinauslaufen, mit Unterstützung der zuständigen Stellen der Universität und aktiver Mithilfe der Beschäftigten der Kliniken im NAW und mit wenig Mitteln ein ähnliches Objekt wie vor einigen Jahren den „Sputnik“ neu einzurichten.

Die jetzt schon tätigen und die künftigen Abgeordneten sagten zu, sich tatkräftig für dieses Projekt einzusetzen.



Erntezeit, Wahlzeit, nationale Politik

Nahzu 3000 Studenten der Karl-Marx-Universität tragen gegenwärtig durch ihre Leistungen beim Ernteeinsatz und die Unterstützung der Kommunalwahlen in den Dörfern im Bezirk Frankfurt dazu bei, die Hoffnungen der Herren in Bonn (siehe Faksimile) zu zunichte zu machen. Ihre Meinung: „Uns kann keiner das Wasser abreden! Dafür sorgen wir schon!“ „Wir werden uns von denen da drüben nicht erpressen lassen. Wir in der DDR bestimmen, welche Politik in Deutschland gemacht wird. Übrigens auch auf dem Kartoffelfeld.“

DER SPIEGEL 14. SEPTEMBER 1965

ERTE-KAMPAGNE. Bonner Spekulationen auf eine Mißernte in der DDR haben sich als falsch erwiesen. Die Bundesregierung hatte gehofft, daß Ulbricht bei einer schlechten Ernte eher geneigt sein würde, für Bonner Wirtschaftshilfe politische Zugeständnisse zu machen. DDR-

Staatsratsmitglied Fritz Kind sprach vor Theologen

Professoren und Studenten verurteilen Bonns Streben nach Atomwaffen

Die Theologische Fakultät konnte bei ihrer Wahlversammlung am 15. September das Mitglied des Staatsrates der DDR Herrn Fritz Kind aus Potsdam begrüßen. Im Verlauf dieser Zusammenkunft stellte sich Frau Magdalena Bager als Kandidatin für die Leipziger Stadtverordnetenversammlung vor.

Fritz Kind, der Mitglied des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union ist, ging in seinen Ausführungen zunächst auf die politische Situation in Westdeutschland ein und verurteilte entschieden das Streben der Bonner Regierung nach dem Besitz von Atomwaffen und das damit verbundene Großmachtsstreben.

Er forderte sodann seine Zuhörer auf, sich um die Grundfragen der Nation zu kümmern. Gerade in einer sozialistischen Demokratie könne es auf die Mitarbeit jedes einzelnen Bürgers an, bei der Vorbereitung unserer Volkswahlen am

18. Oktober sei das besonders notwendig, „denn“, so sagte der Redner, „wir wählen keine anonyme Liste, sondern Menschen, die verpflichtet sind, das Vertrauensvotum unserer Bürger zu haben oder zu erwerben“.

In der sich anschließenden Diskussion, in der neben einigen Studenten auch die Professoren Dr. Moritz und D. Dr. Müller das Wort ergriffen, wurde noch einmal die Verpflichtung der Christen für die Welt des Politischen herausgestellt und das entschiedene Nein der Theologen zur Atomausrüstung bekundet.

Dekan Prof. Dr. Wagner, der die Versammlung leitete, schloß seine Ausführungen mit dem Verlesen eines Briefes von Albert Schweitzer, den er wenige Tage vor seinem Tode an den Lehrkörper der Fakultät als Dank für die ihm dargebrachten Geburtstagswünsche gerichtet hatte.

Dr. theol. habil. Gottfried Kretschmar

Die Wahlperiode in Zahlen

Von 1961 bis einschließlich 1965 (Plan) gab die Karl-Marx-Universität an Zuschüssen für Mensen, Internate und Kindergärten 16,011 Millionen MDN aus. Der Jahresbetrag stieg von 2,978 Millionen (1961) auf 3,662 Millionen (Plan 1965).

Die Karl-Marx-Universität verfügt gegenwärtig über 11 Studenteninternate mit 2379 Plätzen. Davon stehen 1210 Plätze für deutsche und 1169 Plätze für ausländische Studierende zur Verfügung. In der vergangenen Legislaturperiode wurde das Studentinnenwohnheim „Jenny Marx“ mit 433 Plätzen erbaut.

Die Zahl der Ferienplätze in universitätseigenen bzw. Vertragsheimen erhöhte sich von 1504 im Jahre 1961 auf 2539 im Jahre 1965. Den 288 Kindergarten- und Krippenplätzen des Jahres 1961 stehen 420 Plätze in diesem Jahr gegenüber.

Seit 1961 führte die Karl-Marx-Universität 20 Theaterfahrten — vor allem nach Berlin — mit rund 14 000 Teilnehmern durch.

1. Oktober 1965
16 Uhr
Ingenieurschule
für Post- und Fernmeldewesen

Große Wahlkundgebung

Mit
Oberbürgermeister
Walter Kresse
und Magnifenz
Prof. Dr. Georg Müller

Vorstellung der
Kandidaten aus der
Universität für die
Volksvertretungen der
Stadt und Stadtbezirke